

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> . . . . .	V
<b>Zu den Autorinnen</b> . . . . .	VII
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	XXIV
<b>A. Leitung der Ermittlungen</b> . . . . .	1
I. Geschichtliches . . . . .	1
II. Herrin des Ermittlungsverfahrens. . . . .	2
1. Das Legalitätsprinzip. . . . .	2
1.1 Anfangsverdacht . . . . .	2
1.2 Hinreichender Tatverdacht . . . . .	3
2. Das Opportunitätsprinzip . . . . .	4
2.1 Möglichkeiten der Verfahrenseinstellung bei Verfahren gegen Erwachsene . . . . .	5
2.1.1 Absehen von der Verfolgung wegen Geringfügig- keit . . . . .	5
2.1.2 Öffentliches Interesse an der Strafverfolgung. . . . .	6
2.1.3 Absehen von der Verfolgung unter Auflagen und Weisungen . . . . .	7
2.1.4 Zusammentreffen von Straftat(en) und Ordnungswidrigkeit(en) . . . . .	9
2.1.5 Absehen von der Verfolgung bei möglichem Absehen von Strafe. . . . .	10
2.1.6 Teileinstellung bei mehreren Taten. . . . .	11
2.1.7 Weitere gesetzliche Grundlagen zwecks Einstel- lung des Verfahrens trotz Vorliegens eines hinrei- chenden Tatverdachts . . . . .	14
2.2 Täter-Opfer-Ausgleich. . . . .	16
2.3 Möglichkeiten der Verfahrenseinstellung nach Jugend- recht . . . . .	17
2.3.1 Absehen von der Verfolgung . . . . .	17
2.3.2 Beispiel einer staatsanwaltschaftlichen Einstel- lungsverfügung . . . . .	17
2.3.2 Beispiel einer Einstellungsverfügung. . . . .	20
2.4 Einstellung oder Absehen von Strafe im Betäubungs- mittelrecht . . . . .	21
2.5 Verweisung auf den Privatklageweg . . . . .	22
2.5.1 Beispiel einer staatsanwaltschaftlichen Verfügung. . . . .	23

# Inhaltsverzeichnis

2.6	Sonderprobleme Einstellung des Ermittlungsverfahrens bei ausländischen Beschuldigten/Sicherstellung zum Zwecke der Durchführung des Strafbefehlsverfahrens . . .	25
2.6.1	Beispiel einer staatsanwaltschaftlichen Verfügung . . . . .	26
3.	Die Durchführung der Ermittlungen. . . . .	27
<b>B.</b>	<b>Das Strafverfahren</b> . . . . .	29
I.	Ermittlungsverfahren . . . . .	29
1.	Beginn . . . . .	29
2.	Gang/Beendigung des Ermittlungsverfahrens . . . . .	30
3.	Anklage. . . . .	31
4.	Beispiel einer staatsanwaltschaftlichen Abschlussverfügung vor Anklageerhebung . . . . .	32
5.	Strafbefehl . . . . .	33
6.	Beispiel einer staatsanwaltschaftlichen Abschlussverfügung im Strafbefehlsverfahren. . . . .	34
II.	Zwischenverfahren . . . . .	35
III.	Hauptverfahren . . . . .	36
IV.	Vollstreckungsverfahren . . . . .	36
<b>C.</b>	<b>Antragsdelikte, Verjährung</b> . . . . .	38
I.	Antragsdelikte . . . . .	38
1.	Delikte . . . . .	38
2.	Antragsberechtigte . . . . .	38
3.	Strafantrag . . . . .	39
4.	Besonderes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung . . . . .	39
II.	Verjährung . . . . .	39
<b>D.</b>	<b>DNA-Unterschiede zwischen § 81a/e und § 81g StPO</b> . . . . .	42
I.	Untersuchung von DNA im laufenden Verfahren zum Abgleich mit Tatortspuren . . . . .	42
1.	Anwendungsbereich . . . . .	43
2.	Voraussetzungen . . . . .	44
3.	Formulierungsvorschlag . . . . .	44
II.	DNA-Identifizierung in zukünftigen Verfahren . . . . .	45
1.	Anwendungsbereich . . . . .	46
2.	Voraussetzungen . . . . .	46

2.1	Straftaten von erheblicher Bedeutung. . . . .	46
2.2	Sexualdelikte. . . . .	46
2.3	Wiederholt begangene Straftaten. . . . .	46
3.	Formulierungsvorschlag. . . . .	47
<b>E.</b>	<b>Untersuchung Tatunverdächtiger . . . . .</b>	<b>48</b>
I.	Anwendungsbereich. . . . .	48
II.	Voraussetzungen . . . . .	48
1.	Grundsätzliches . . . . .	49
2.	Zweck der Untersuchung. . . . .	49
2.1	Spuren oder Folgen einer Straftat . . . . .	49
2.2	Erforschung der Wahrheit. . . . .	50
2.3	Art und Umfang der Untersuchung. . . . .	50
<b>F.</b>	<b>Durchsuchung . . . . .</b>	<b>51</b>
I.	Voraussetzungen . . . . .	51
1.	Durchsuchung gemäß § 102 StPO. . . . .	51
1.1	Naheliegende Möglichkeit einer Straftat. . . . .	51
1.2	Konkrete Straftat. . . . .	53
1.3	Dokumentation der Verdachtslage. . . . .	53
1.4	Beweismittel – kriminalistische Erfahrung reicht. . . . .	53
1.5	Verhältnismäßigkeit. . . . .	54
1.6	Beispiel eines Antrags auf Erlass eines Durchsuchungs- beschlusses . . . . .	55
2.	Durchsuchung gem. § 103 StPO . . . . .	56
2.1	Voraussetzungen . . . . .	56
2.2	Abwendungsbefugnis. . . . .	57
2.3	Konkrete Tatsachen dafür, dass Beweismittel dort sind . . . . .	57
3.	Sonderfälle: . . . . .	58
3.1	Durchsuchung zum Zwecke der Beschlagnahme von Krankenakten des Geschädigten in einer Klinik . . . . .	58
3.2	Durchsuchung zum Zwecke der Beschlagnahme von Jugendakten . . . . .	59
3.3	Nächtliche Durchsuchungen. . . . .	61
3.4	Durchsuchung bei einem Kind? . . . . .	62
II.	Wer beantragt wo? . . . . .	63
1.	Grundsatz . . . . .	63
2.	Ausnahmen . . . . .	64
3.	Was ist dem Richter bei Antragstellung mitzuteilen? . . . . .	64

# Inhaltsverzeichnis

III.	Wer ordnet an? . . . . .	64
1.	Grundsatz . . . . .	64
2.	Ausnahme . . . . .	65
2.1	Die Rechtsprechung. . . . .	65
IV.	Wann wird ein neuer Beschluss benötigt? . . . . .	66
1.	Zeitablauf . . . . .	66
2.	Unterbrechung einer Durchsuchungsmaßnahme. . . . .	66
3.	Verbrauch der Durchsuchungsanordnung . . . . .	67
V.	Gefahr im Verzug. . . . .	68
1.	Grundsatz . . . . .	68
2.	Anordnungsbefugnis. . . . .	68
3.	Ausnahmen . . . . .	69
4.	Beispiel einer staatsanwaltlichen Anordnung . . . . .	69
VI.	Folgen der Verletzung des Richtervorbehalts . . . . .	70
1.	Grobe Missachtung des Richtervorbehalts . . . . .	70
2.	Ende der Eilkompetenz der Strafverfolgungsbehörden. . . . .	70
3.	Nichterreichbarkeit des Richters. . . . .	71
4.	Keine Eilkompetenz nach ablehnender Entscheidung . . . . .	72
VII.	Umgang mit Zufallsfunden . . . . .	73
VIII.	Umgang mit größeren Bargeldbeträgen. . . . .	74
IX.	Umgang mit Verteidiger am Durchsuchungsort bzw. Verteidiger am Telefon . . . . .	74
<b>G.</b>	<b>Sicherstellung und Beschlagnahme . . . . .</b>	<b>76</b>
I.	Was ist der Unterschied? . . . . .	76
1.	Sicherstellung. . . . .	76
2.	Beschlagnahme. . . . .	76
II.	Voraussetzungen . . . . .	76
III.	Wer ordnet an? . . . . .	77
IV.	Wer gibt wieder frei?. . . . .	77
V.	Worüber ist zu belehren, wenn etwas weggenommen wird?. . . . .	78
<b>H.</b>	<b>Anordnung von Sofortmaßnahmen . . . . .</b>	<b>79</b>
I.	Blutentnahmen . . . . .	79
1.	Aufweichung des Richtervorbehalts (§ 81a Absatz 2 Satz 2 StPO) . . . . .	79
2.	Richtervorbehalt und Eilzuständigkeit gemäß § 81a Absatz 2 Satz 1 StPO . . . . .	80

II.	Erster Angriff . . . . .	81
1.	Dokumentation . . . . .	81
2.	Sonderfall . . . . .	82
<b>I.</b>	<b>Vorläufige Festnahme . . . . .</b>	<b>85</b>
I.	Voraussetzungen . . . . .	87
1.	Dringender Tatverdacht . . . . .	88
2.	Verhältnismäßigkeit. . . . .	89
3.	Haftgrund . . . . .	89
3.1	Haftgrund der Fluchtgefahr . . . . .	89
3.2	Haftgrund der Verdunkelungsgefahr . . . . .	90
3.3	Haftgrund der Schwerekriminalität . . . . .	90
4.	Haftgrund der Wiederholungsgefahr gem. § 112a StPO . . . . .	90
II.	Irrtum, dass mit Erlass eines Haftbefehls oder Unterbringungs- befehls alles getan ist . . . . .	91
1.	Der Haftbeschleunigungsgrundsatz . . . . .	91
III.	Festnahme in der Nacht . . . . .	93
IV.	Verfahren . . . . .	94
V.	Kann ein Haftbefehl mündlich erlassen werden? . . . . .	94
<b>J.</b>	<b>Feststellung der Identität (IDF vs. Festnahme) . . . . .</b>	<b>95</b>
I.	Die Identitätsfeststellung gemäß § 163b StPO . . . . .	95
II.	Bedeutung der Norm § 163b StPO . . . . .	96
III.	Anwendungsbereich . . . . .	96
IV.	Voraussetzungen . . . . .	97
1.	Exkurs . . . . .	97
1.1	Das Strafverfolgungshindernis . . . . .	97
1.2.	Schuldunfähigkeit vs. Rechtsfertigungs- oder Entschuldigungsgründe . . . . .	97
V.	Rechtsfolge . . . . .	97
1.	Generalklausel des § 163b Abs. 1 Satz 1 StPO . . . . .	97
2.	Das Festhalterrecht, die Durchsuchung sowie erkennungsdienstliche Maßnahmen gemäß § 163b Abs. 1 Satz 2 und 3 StPO . . . . .	98
2.1	Festhalten . . . . .	99
2.2	Durchsuchung . . . . .	100
2.3	Erkennungsdienstliche Maßnahmen . . . . .	101
3.	Verhältnismäßigkeit . . . . .	101

## Inhaltsverzeichnis

4.	Belehrungen. . . . .	101
4.1	§ 163a Abs. 4 Satz 1 StPO entsprechend . . . . .	101
4.2	Für Polizeistudenten . . . . .	101
4.3	§ 114b StPO entsprechend . . . . .	102
4.4	Für Polizeistudenten (und Praktiker) . . . . .	103
5.	Feststellung der Identität eines Nichtverdächtigen. . . . .	104
5.1	Der Unverdächtige. . . . .	104
5.2	Aufklärungsinteresse . . . . .	104
5.3	Belehrung des Unverdächtigen . . . . .	104
6.	Dauer der Maßnahme . . . . .	105
6.1	Unerlässlichkeit. . . . .	105
6.2	Absolute Festhaldedauer . . . . .	106
7.	Lösung der Fallbeispiele von S. 95 (Rn. 238) . . . . .	106
<b>K.</b>	<b>Belehrung . . . . .</b>	<b>108</b>
<b>I.</b>	<b>Belehrung Beschuldigter . . . . .</b>	<b>108</b>
1.	Wann ist jemand Beschuldigter? . . . . .	108
2.	Zeitpunkt der Belehrung . . . . .	109
3.	Voraussetzungen des § 136 StPO. . . . .	111
3.1	Eröffnung des Tatvorwurfs . . . . .	111
3.2	Begründung des Tatvorwurfs. . . . .	112
3.3	Darlegung der in Betracht kommenden Strafvorschriften . . . . .	114
3.3.1	Grundsatz . . . . .	114
3.3.2	Ausnahme nach Gesetz: Polizeibeamte . . . . .	114
3.3.3	Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes . . . . .	115
3.3.4	Abweichende Ansicht. . . . .	115
3.3.5	Sonderproblem „Bandenabrede“ . . . . .	117
3.4	Das Schweigerecht des Beschuldigten. . . . .	118
3.5	Verteidiger . . . . .	119
3.5.1	Wahlverteidiger . . . . .	119
3.5.2	Pflichtverteidiger . . . . .	120
3.5.3	Was ist ein Pflichtverteidiger? . . . . .	120
3.6	Antragsrecht . . . . .	121
3.6.1	Adressaten. . . . .	121
3.6.2	Voraussetzung „notwendiger Verteidigung“ . . . . .	122
3.6.2	Der Antrag muss ausdrücklich gestellt werden. . . . .	125
3.6.3	Verfahren der Beordnung des Pflichtverteidigers . . . . .	126
3.7	Kostenfolge Pflichtverteidiger . . . . .	127
3.8	Beweisantragsrecht. . . . .	128
3.9	Der Hinweis auf die Möglichkeit schriftlicher Angaben . . . . .	128
3.10	Der Hinweis auf die Möglichkeit eines Täter-Opfer- Ausgleichs . . . . .	129

3.11	Kostenfolge – Beweiserhebungen . . . . .	129
4.	Wann ist von Amts wegen ein Pflichtverteidiger beizuordnen? . . . . .	130
4.1	Psychische Erkrankung des Beschuldigten . . . . .	130
4.2	Beschuldigter befindet sich aufgrund richterlicher Anordnung oder mit richterlicher Genehmigung in einer Anstalt . . . . .	131
4.3	Richterliche Vernehmung von Zeugen . . . . .	131
4.4	Beschuldigter soll dem Haftrichter vorgeführt werden . . . . .	132
4.4.1	Verfahren bei vorläufiger Festnahme . . . . .	132
4.4.2	Verfahren bei Festnahme mit Haftbefehl/aufgrund eines Haftbefehls . . . . .	132
4.5	Vernehmung eines Jugendlichen/Heranwachsenden, wenn Fall notwendiger Verteidigung . . . . .	132
4.6	Gegenüberstellungen vor der Bestellung eines Pflichtverteidigers . . . . .	133
4.7	Ausnahmen gem. § 141a StPO- Vernehmung und Gegenüberstellung vor der Beiordnung von Amts wegen . . . . .	133
5.	Anwaltlicher Notdienst . . . . .	133
6.	Besonderheiten bei Verfahren gegen Jugendliche/Heranwachsende . . . . .	135
7.	Belehrung grundsätzlich vor jeder Vernehmung . . . . .	139
8.	Belehrung des rechtlich versierten Beschuldigten . . . . .	139
9.	Nachfrage trotz Verteidigerwunsch . . . . .	140
10.	Sonderregelung „Kronzeugenregelung“ . . . . .	143
11.	Nachfrage, ob alles verstanden . . . . .	144
12.	Trotz Verteidigerwunsch Angaben zum Randgeschehen . . . . .	144
13.	Folgen einer unzureichenden oder fehlenden Belehrung . . . . .	145
13.1	Verstoß gegen § 136 Absatz 1 Satz 1 (Tatvorwurf/Strafrechtsnormen) . . . . .	146
13.2	Verstoß gegen § 136 Absatz 1 Satz 2 StPO (Aussagefreiheit) . . . . .	147
13.2.1	Grundsatz . . . . .	147
13.2.2	Ausnahme . . . . .	147
13.2.3	Ein der Verhandlungsunfähigkeit vergleichbarer Zustand . . . . .	148
13.3	Der Verstoß gegen § 136 Absatz 1 Satz 2 StPO (Verteidigerzuziehung) . . . . .	149
13.4	Verstoß gegen Absatz 1 S. 3 (Hilfe bei Herstellung Verteidigerkontakt), S. 4 (anwaltlicher Notdienst), S. 5 (Beweiserhebungen, Antragsrecht Pflichtverteidiger), Absatz 2 oder 3 . . . . .	149
13.5	Folgen fehlender Dokumentation der vollständigen Belehrung . . . . .	150

## Inhaltsverzeichnis

13.6	Übertragung der Grundsätze auf Beschuldigte, die infolge ihrer geistigen/seelischen Zustände die Belehrung nicht verstanden haben . . . . .	151
14.	Dokumentation . . . . .	151
15.	Angaben vor der Belehrung . . . . .	152
16.	Verwertungsverbot nach korrekter Belehrung, aber Verweigerung der Zuziehung eines Verteidigers . . . . .	152
17.	Protokollierung . . . . .	153
18.	Pflicht zur audio-visuellen Vernehmung Beschuldigter . . . . .	154
18.1	Grundsatz. . . . .	154
18.2	Erfolgsqualifizierte Delikte . . . . .	154
18.3	Schutzwürdige Interessen des Beschuldigten . . . . .	155
18.4	Ausnahmetatbestand . . . . .	155
18.5	Aufzeichnungsgegenstand. . . . .	156
18.6	Verschriftung . . . . .	156
18.7	Folgen fehlender Aufzeichnung. . . . .	157
18.8	Keine Kopie der Aufnahme. . . . .	157
19.	Vorgespräch . . . . .	159
19.1	Vorgespräch als Teil der Vernehmung. . . . .	159
19.2	Was ist beim sogenannten Vorgespräch zu beachten? . . . .	160
19.3	Vorgespräche bei (versuchten) Kapitaldelikten. . . . .	160
20.	Abgrenzung informatorische Befragung zur Vernehmung . . . .	161
20.1	Informatorische Befragung von Tatverdächtigen . . . . .	161
21.	Spontanäußerungen . . . . .	162
21.1	Definition . . . . .	162
21.2	Was ist bei der Belehrung zu beachten? . . . . .	162
21.3	Verwertbarkeit. . . . .	163
22.	Qualifizierte Belehrung . . . . .	165
22.1	Bedeutung . . . . .	165
22.2	Was ist zu tun, wenn nicht bekannt ist, ob die Kollegen zuvor vollständig oder richtig belehrt haben? . . . . .	166
22.3	Verwertbarkeit bei unterbliebener qualifizierter Belehrung. . . . .	167
23.	Pflicht zur unverzüglichen Vorführung vs. § 136a Abs. 3 StPO .	168
24.	Sonderproblem: Einsatz eines psychiatrischen/rechtsmedizinischen Sachverständigen im Ermittlungsverfahren zur Begutachtung des Beschuldigten . . . . .	170
II.	Belehrung der Zeugen . . . . .	172
1.	Das Zeugnisverweigerungsrecht der Angehörigen des Beschuldigten . . . . .	172
2.	§ 1590 StPO (Schwägerschaft). . . . .	174
3.	Gültige Ehe und Verlöbnis. . . . .	174

4.	Sonderfälle . . . . .	175
4.1	Sonderfall 1 . . . . .	175
4.2	Sonderfall 2 . . . . .	176
5.	Das Zeugnisverweigerungsrecht der Berufsgeheimnisträger . . .	176
5.1	Verteidiger und andere Rechtsanwälte (§ 53 Abs. 1 Nr. 2 und 3 StPO) . . . . .	177
5.2	Das Zeugnisverweigerungsrecht der Berufshelfer (§ 53a StPO): . . . . .	178
5.3	Das Auskunftsverweigerungsrecht . . . . .	178
5.4	Gefahr der eigenen Strafverfolgung . . . . .	178
III.	Belehrung Verletzter . . . . .	180
1.	Zuständigkeit und Zeitpunkt für die Unterrichtung . . . . .	181
IV.	Belehrung eines Beschuldigten nach Festnahme . . . . .	183
1.	Grundsätze . . . . .	183
2.	Zusätzliche Belehrung eines ausländischen Festgenommenen . .	184
V.	Belehrung von Zeugen und Beschuldigten im Zusammenhang mit Audio-Video-Vernehmungen . . . . .	185
<b>L.</b>	<b>Vernehmungen</b> . . . . .	187
I.	Vernehmung des Beschuldigten . . . . .	187
1.	Schriftliche Vernehmung des Beschuldigten . . . . .	187
II.	Vernehmung von Zeugen . . . . .	188
1.	Angaben zur Person . . . . .	188
1.1	Grundsatz. . . . .	188
1.2	Ausnahmen . . . . .	189
1.2.1	Angabe des Namens . . . . .	189
1.2.2	Angabe des Wohnortes . . . . .	190
2.	Angaben zu Sache . . . . .	190
2.1	Ablauf der Zeugenvernehmung . . . . .	190
2.2	Exkurs Vergewaltigung . . . . .	192
2.3	Fragen und Vorhalte . . . . .	195
2.3.1	Ausnahmen . . . . .	195
2.3.2	Exkurs Missbrauch von Kindern . . . . .	196
3.	Besondere praktische Problemstellungen . . . . .	197
3.1	Aushändigung von Protokollen . . . . .	197
3.2	Täuschungen sind ebenfalls unzulässig . . . . .	200
III.	Sonderfall Vernehmung eines Beschuldigten/Zeugen bei eventuel- lem Rücktritt vom Versuch . . . . .	200
1.	Vorsatzbegriff . . . . .	201
2.	Abgrenzung fehlgeschlagener Versuch/beendeter Versuch/unbe- endeter Versuch . . . . .	203

# Inhaltsverzeichnis

2.1	Äußere Umstände . . . . .	204
2.2	Innere Umstände. . . . .	204
3.	Freiwilligkeit . . . . .	205
IV.	Anwesenheitsrecht und Fragerecht des Verteidigers in der Vernehmung . . . . .	205
<b>M.</b>	<b>Aktenführung . . . . .</b>	<b>207</b>
I.	Aktenwahrheit und Aktenklarheit . . . . .	207
1.	Die prozessuale Tat und die Problematik des Strafklageverbrauchs . . . . .	209
1.1	Der verfahrensrechtliche Tatbegriff des § 264 StPO . . . . .	210
1.1.1	Dieselbe Tat . . . . .	210
1.1.2	Die strafprozessuale Tat. . . . .	210
1.2	Exkurs: Der materielle Tatbegriff. . . . .	211
1.2.1	Tateinheit . . . . .	211
1.2.2	Identität der Handlungen . . . . .	211
1.2.3	Teilidentität der Handlungen. . . . .	211
1.2.4	Tatmehrheit. . . . .	212
1.3	Tatidentität gemäß § 264 StPO . . . . .	212
1.3.1	Frühere Rechtsprechung . . . . .	213
1.3.2	Neuere Rechtsprechung . . . . .	214
1.4	Exkurs in das Betäubungsmittelrecht. . . . .	215
1.4.1	Tatidentität zwischen Trunkenheit im Verkehr und unerlaubten Handeltreibens mit Betäubungsmitteln (bewaffnet; in nicht geringer Menge) . . . . .	225
1.4.2	Möglichkeit der Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß § 373a StPO . . . . .	226
II.	Alltägliche Fragen im Zusammenhang mit dem Aktenaufbau . . . . .	229
1.	Datenträger/Lichtbilder . . . . .	229
2.	Spheronaufnahmen. . . . .	229
3.	Einsatz von Dolmetschern . . . . .	230
4.	Verbindung weiterer Vorgänge ohne Rücksprache zur Hauptakte. . . . .	231
III.	Vermerke der Polizeibeamten zu ihren Tätigkeiten. . . . .	231
IV.	Mehrfachverteidigung. . . . .	232
1.	Verteidiger . . . . .	232
2.	Dieselbe Tat . . . . .	233
3.	Verfahrensidentität (§ 146 Satz 2 StPO) . . . . .	233
4.	Zusammenfassung . . . . .	233

<b>N.</b>	<b>Der Polizeibeamte als Zeuge</b> . . . . .	234
I.	Grundlagen/Hintergrundwissen zum Strafprozess. . . . .	234
	1. Die leitenden Prinzipien der Hauptverhandlung. . . . .	234
	1.1 Öffentlichkeitsgrundsatz. . . . .	235
	1.1.1 Sonderproblem: Prozessbeobachter der Polizei. . . . .	235
	1.2 Mündlichkeitsgrundsatz . . . . .	235
	1.3 Unmittelbarkeitsgrundsatz . . . . .	236
	1.4 Beschleunigungsgrundsatz . . . . .	236
	1.5 Sachaufklärungspflicht des Gerichts. . . . .	236
	2. Die Beteiligten . . . . .	237
	2.1 Gericht und dessen Zusammensetzung . . . . .	237
	2.2 Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft . . . . .	238
	2.3 Angeklagter . . . . .	238
	2.4 Rolle der Verteidigung. . . . .	238
	2.5 Nebenkläger . . . . .	239
	2.6 Zeugen . . . . .	239
	2.6.1 Unterscheidung zwischen Glaubwürdigkeit und Glaubhaftigkeit . . . . .	240
	2.7 Sachverständige . . . . .	240
	3. (Sachliche) Zuständigkeiten . . . . .	242
	3.1 Zuständigkeiten in der gebotenen Kürze erklärt . . . . .	244
	3.1.1 Amtsgericht oder Landgericht . . . . .	244
	3.1.2 Strafrichter oder Schöffengericht . . . . .	245
II.	Rechtliches . . . . .	247
	1. Gang des Verfahrens . . . . .	247
	2. Recht des Angeklagten zu schweigen. . . . .	248
	3. Beweisverwertungsverbote . . . . .	248
	4. Erinnerungsfähigkeit von Zeugen/Zeugnisverweigerung . . . . .	248
	5. Prozessuale Wahrheit als Ergebnis des Prozesses . . . . .	250
	6. Der sogenannte „Deal“ . . . . .	251
	7. Indizienprozesse . . . . .	255
	8. Urteil . . . . .	256
	9. Strafzumessung. . . . .	256
	9.1 Grundsätze der Strafzumessung nach Erwachsenen- strafrecht . . . . .	257
	9.1.1 Möglichkeit der Strafmilderung, Täter-Opfer- Ausgleich, Kronzeugenregelung. . . . .	259
	9.1.2 Kurze Freiheitsstrafe . . . . .	260
	9.1.3 Besondere (verpflichtende) Milderungsgründe. . . . .	260
	9.1.4 Anrechnung der Untersuchungshaft. . . . .	261
	9.1.5 Strafaussetzung zur Bewährung . . . . .	261
	9.1.6 Verwarnung mit Strafvorbehalt . . . . .	264

## Inhaltsverzeichnis

9.1.7	Maßregeln der Besserung und Sicherung . . . . .	264
9.2	Grundsätze im Jugendrecht . . . . .	266
III.	Polizeibeamte als Zeugen . . . . .	269
1.	Vorbemerkungen . . . . .	269
2.	Die Pflichten des Polizeibeamten als Zeuge vor Gericht . . . . .	270
2.1	Eine allgemeine Staatsbürgerpflicht . . . . .	270
2.2	Hauptpflichten und die sich daraus ergebenden Nebenpflichten . . . . .	273
2.2.1	Die Pflicht, der Ladung des Gerichts zu folgen (Erscheinen) . . . . .	273
2.2.2	Das Auftreten des Polizeibeamten vor Gericht . . . . .	273
2.2.3	Die Folgen unentschuldigter Fernbleibens . . . . .	274
2.2.4	Die Aussagepflicht . . . . .	278
3.	Die Auskunftsverweigerungsrechte . . . . .	278
3.1	Gesetzliche Grundlagen . . . . .	278
3.2	Das Aussageverweigerungsrecht aus § 55 StPO . . . . .	279
3.3	Das Zeugnisverweigerungsrecht. . . . .	279
3.4	Das Auskunftsverweigerungsrecht aus § 54 StPO . . . . .	280
3.4.1	Grundsätzliches . . . . .	282
3.5	Ausübung und Umfang des Zeugnisverweigerungsrechts . . . . .	283
4.	Zuständigkeit für die Erteilung der Aussagegenehmigung . . . . .	284
4.1	Einholung der Aussagegenehmigung . . . . .	284
4.2	Entscheidung über die Aussagegenehmigung . . . . .	285
4.2.1	Die allgemeine/generelle Aussagegenehmigung per Erlass . . . . .	286
4.2.2	Die spezielle Aussagegenehmigung. . . . .	287
4.3	Versagung, Beschränkung und Widerruf der Aussagegenehmigung . . . . .	288
5.	Maßnahmen bei ungerechtfertigter Aussageverweigerung . . . . .	288
6.	Die Form der Zeugenaussage . . . . .	288
7.	Die Wahrheitspflicht . . . . .	289
7.1	Die Strafbarkeit einer falschen Aussage vor Gericht . . . . .	291
7.1.1	Der Normzweck . . . . .	291
7.1.2	Die falsche uneidliche Aussage . . . . .	291
7.1.3	Der Meineid . . . . .	292
7.2	Ergänzende Überlegungen: Polizeiliches Fehlverhalten vs. Wahrheitspflicht vor Gericht. . . . .	292
7.2.1	Die verbotenen Vernehmungsmethoden . . . . .	293
7.2.2	Das weisungsentsprechende Fehlverhalten im Vorfeld . . . . .	294
7.2.3	Die Kenntnisnahme strafrechtlichen Fehlverhaltens von Kollegen . . . . .	295
7.2.4	Die Erwartungen an den polizeilichen (Berufs)Zeugen . . . . .	295

7.2.5	Zusammenfassung . . . . .	299
8.	Die Vernehmung des polizeilichen Zeugen . . . . .	300
8.1	Angaben zur Person. . . . .	301
8.2	Angaben zum Wohnort . . . . .	302
8.3	Angaben zur Sache . . . . .	303
8.3.1	Beweisthema . . . . .	304
8.3.2	Beweiswert . . . . .	304
8.4	Vernehmung in Abwesenheit der später zu vernehmen- den Zeugen . . . . .	304
8.4.1	Erhaltung der Unbefangenheit des Zeugen . . . . .	305
8.5	Der Zeuge berichtet zunächst ohne Unterbrechung. . . . .	305
8.6	Das Verhör . . . . .	309
8.6.1	Die Befragung des Zeugen . . . . .	309
8.6.2	Der Zeuge bringt eigene Unterlagen mit in die Verhandlung . . . . .	310
8.6.3	Fragen der Verfahrensbeteiligten . . . . .	311
8.6.4	Umgang mit unzulässigen Fragen – Beanstan- dung von Fragen . . . . .	312
8.6.5	Pflicht zur Vorbereitung – im Einzelnen. . . . .	315
8.6.6	Grundregel . . . . .	315
8.6.7	Lange Wartezeiten . . . . .	316
8.6.8	Vorbereitung durch Fortbildung . . . . .	316
9.	Konfliktverteidigung – „Störfeuer“ der Verteidigung?. . . . .	316
9.1	Das konfrontative Fragerecht. . . . .	316
9.2	Die Klamauk- oder Chaosverteidigung. . . . .	318
9.3	Die Gründe der sogenannten Klamaukverteidigung. . . . .	318
9.4	Die Konfliktbefragung durch den Verteidiger . . . . .	319
9.5	Die Darstellung des Anfangsverdachts strafbaren Verhal- tens des Polizeibeamten durch die Verteidigung . . . . .	320
9.6	Der (richtige?) Umgang mit Konflikt- und/oder Klamauk- verteidigung . . . . .	320
9.6.1	Warum greift gleichwohl niemand ein?. . . . .	322
9.6.2	Wie geht man als Zeuge mit einer solchen Situation um? . . . . .	322
10.	Die Rechte des Zeugen vor Gericht . . . . .	323
10.1	Das Recht auf rechtliches Gehör . . . . .	323
10.2	Die Wahrung der Persönlichkeitsrechte des Zeugen. . . . .	324
10.2.1	Die Fragen zum persönlichen Lebensbereich des Zeugen. . . . .	324
10.2.2	Beleidigungen in der Hauptverhandlung. . . . .	326
10.3	Die Beanstandungen von Fragen und Vorhalten . . . . .	327
10.3.1	Die Entziehung der Befugnis zum Kreuzverhör (§ 241 Abs. 1, 239 StPO) . . . . .	328

# Inhaltsverzeichnis

10.3.2	Die Zurückweisung von Fragen (§ 241 Abs. 2 StPO) . . . . .	328
10.3.3	Aus tatsächlichen Gründen ungeeignete Fragen . . .	329
10.3.4	Aus rechtlichen Gründen ungeeignete Fragen . . .	330
10.4	Die Wiederholungsfragen . . . . .	334
10.5	Das eigene Beanstandungsrecht des Zeugen . . . . .	335
10.5.1	Die Beanstandung der Sachleitung (§ 238 Abs. 2 StPO) . . . . .	335
10.5.2	Das Beschwerderecht des Zeugen . . . . .	336
10.6	Die Zeugenentschädigung . . . . .	337
10.7	Recht auf Rechtsbeistand . . . . .	338
10.7.1	Anwaltlicher Beistand nach Wahl . . . . .	339
10.7.2	Anwaltlicher Beistand für den polizeilichen Zeugen . . . . .	340
11.	Sonderfälle . . . . .	341
11.1	Antrag auf wörtliche Protokollierung der Aussage des Polizeibeamten . . . . .	341
11.2	Anträge auf Belehrung gem. § 55 StPO . . . . .	342
11.3	Antrag auf Entwaffnung des Polizeibeamten . . . . .	342
IV.	Exkurs Revision und Berufung . . . . .	343
1.	Berufung . . . . .	343
2.	Revision . . . . .	343
3.	Checkliste zur Vorbereitung für die Vernehmung in der Hauptverhandlung . . . . .	346
3.1	Grundsätzlich . . . . .	346
3.2	In der konkreten Situation – nachdem Sie eine Zeugenladung erhalten haben . . . . .	346
3.3	Am Tag der Hauptverhandlung . . . . .	346
3.4	Vernehmung zur Person . . . . .	346
3.5	Antrag des Verteidigers Sie als Zeuge nach § 55 StPO zu belehren . . . . .	346
3.6	Vernehmung zur Sache . . . . .	347
3.7	Danach das „Frage-Antwort-Spiel“ . . . . .	347
4.	Muster . . . . .	348
4.1	Anregung gem. §§ 81a, e StPO und Formulierungsvorschlag . . . . .	348
4.2	Anregung gem. § 81g StPO und Formulierungsvorschlag . . . . .	348
4.3	Anregung Durchsuchungsbeschluss gem. § 102 StPO und Formulierungsvorschlag . . . . .	348
4.4	Anregung Durchsuchungsbeschluss gem. § 103 StPO und Formulierungsvorschlag . . . . .	348

## Inhaltsverzeichnis

4.5	Anregung Durchsuchung zum Zwecke der Beschlagnahme von Krankenakten des Geschädigten und Formulierungsvorschlag . . . . .	349
4.6	Anregung der Beschlagnahme von Jugendamtsakten und Formulierungsvorschlag . . . . .	349
4.7	Belehrung nach Beschlagnahme ohne gerichtliche Anordnung und Formulierungsvorschlag . . . . .	349
4.8	Anregung Beschuldigtenbelehrung nach § 136 StPO und Formulierungsvorschlag . . . . .	350
4.8.1	Erwachsene . . . . .	350
4.8.2	Jugendliche (Zusätzlich) . . . . .	350
4.9	Anregung qualifizierte Belehrung und Formulierungsvorschlag . . . . .	351
4.10	Anregung Belehrung nach Festnahme und Formulierungsvorschlag . . . . .	351
4.10.1	Bei Personen unter 18 Jahren und Formulierungsvorschlag . . . . .	352
4.10.2	Bei Ausländern . . . . .	353
4.11	Formulierungsvorschlag für die Belehrung des Zeugen . . . . .	353
4.12	Formulierungsvorschlag für die Belehrung des nebenklageberechtigten Verletzten . . . . .	354
4.13	Belehrung des Dolmetschers/der Dolmetscherin . . . . .	355
	<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>357</b>